Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 342. Freitag den 12. November 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Entschädigung für die in der Zeit vom **30. August** bis **11. September d. J.** am **Barfußgäßchen, Brühl**, an der **Burgstraße, An der 1. Bürgerschule, Großen u. Kleinen Fleischergasse**, am **Goldhahngäßchen**, an der **Grimmaischen, Hain-, Halleschen, Katharinenstraße, Klostergasse**, am **Markt, Neukirchhof**, an der **Nikolai-, Park-, Peters-, Plauenschen Straße**, am **Plauenschen Platz, Reichs-, Schützer-, Schulstraße, Schloßgasse**, am **Salzgäßchen, Theaterplatz, Thomaskirchhof**, an der **Töpferstraße** und **Theatergasse** allhier einquartiert gewesenen Truppen des **Königl. Sächs. 5. Infanterie-Regiments Nr. 104**, sowie der attachirten **Truppentheile** am **Grimmaischen Steinwege**, an der **Gerberstraße**, am **Löhr'schen Platz**, an der **Leibnitzstraße**, am **Roßplatz** und an der **Waldstraße** kann in den nächsten 8 Tagen bei unserm Quartieramte, Katharinenstraße Nr. 29, I. Etage, Alte Rathswaage, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 8. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Für die zweite diesjährige Vorstellung zum Besten des **Theater-Pensions-Fonds**, welche

Freitag, den 12. d. M.

stattfinden wird, haben wir die Oper „Euryanthe", Musik von C. M. von Weber, gewählt und sind wir der Hoffnung, daß auch diese Vorstellung seitens des geehrten Publicums sich eines recht zahlreichen Besuches erfreuen wird.

Leipzig, den 8. November 1880.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Theater-Pensions-Fonds.

Bekanntmachung.

Am 3. Tebeth, d. i. Sonntag, den 5. December d. J., als dem Todestag der **Frau Sara Fränkel**, soll die Hälfte der Zinsen der **Schaye- und Sara Fränkel-Stiftung** an eine würdige, nicht durch eigene Schuld bedürftig gewordene, in Leipzig wohnhafte, ältere Person, mit Vorzug einer solchen, **weiblichen** Geschlechts, ohne Unterschied der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.

Wir fordern geeignete Personen hierdurch auf, ihre Gesuche **bis zum 20. d. M.** bei uns einzureichen.

Leipzig, am 3. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Von heute ab befindet sich die Expedition des **Herrn Stadtrath Winter — Unterstützungswohnsitz-Angelegenheiten** — im Parterre des Grundstücks **Obstmarkt 3.**

Ebendaselbst wird vom **Sonnabend den 13. d. M. ab Herr Stadtrath Dietel** mit den ihm unterstellten Ressorts — **Gewerbesachen, Gewerbeschiedsgericht** einschließlich der öffentlichen mündlichen Verhandlungen desselben, **Leihhaus und Sparcasse, Gesundheitspolizei, Impfsachen, Musikerlaubniß** — expediren.

Die Geschäfte der **Eintragsrolle** werden ebendaselbst **vom 13. d. M. ab** geführt.

Leipzig, den 11. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Messerschmidt.

Aus dem preußischen Landtage.

** **Berlin**, 10. November. Der fortschrittliche Antrag auf dauernde gesetzliche Herabsetzung der Classen- und Einkommensteuer findet, soweit die Anschauungen der verschiedenen Fractionen darüber bereits zu erkennen sind, nirgends außerhalb der Reihen der Urheber Beifall. Es haftet ihm der große Fehler an, daß sich alle Bedenken, die man gegen den im Etat vorgeschlagenen Steuererlaß erheben kann, in verstärktem Maße gegen ihn erheben lassen. Der Vorschlag der Regierung ist darum so bedenklich, weil er einen Steuerlaß bietet, während gleichzeitig ein ganz offenbares, durch Anleihen zu deckendes Deficit vorhanden ist; es kann dies als eine rationelle und gesunde Finanzpolitik nicht angesehen werden. Der fortschrittliche Antrag aber will die zunächst nur für einmal vorgeschlagene Maßregel verallgemeinern und verewigen. Man kann sich freilich darauf berufen, daß es auch in den Absichten der Regierung liegt, den für das nächste Etatsjahr vorgeschlagenen Steuererlaß zu einem dauerden zu machen, und daß der Finanzminister die bestimmte Hoffnung aussprechen konnte, hierfür auch in künftigen Jahren die Mittel zu besitzen. Wenn sich aber der Optimismus des Finanzministers, den die fortschrittliche Presse sich ganz besonders bemühte als einen unberechtigten hinzustellen, in der That als solcher erweist, wenn ferner der Reichstag neue Steuern verwirft, so müßte ein Gesetz, wie es die Fortschrittspartei vorschlägt, die ernstesten Verlegenheiten bereiten. Falls man jetzt dem Steuererlaß zuzustimmen sich entschließt, so wird man es freilich nur unter der Voraussetzung thun, daß derselbe dauernd wiederkehren werde. Immerhin aber ist es etwas anderes, von dieser Voraussetzung auszugehen oder einen gesetzlichen Zwang dazu zu schaffen. Erweist es sich in folgenden Jahren als unmöglich, den Steuererlaß eintreten zu lassen, so ist eben ein einmaliges verunglücktes Experiment gemacht worden, dessen Schaden nicht gerade groß sein kann. Anders aber ist es mit einem dauernden Gesetz, wenn dessen Voraussetzungen hinterher nicht eintreffen, was wir uns doch immer als möglich, wenn nicht als wahrscheinlich vorstellen müssen. Wir möchten denn auch sehr bezweifeln, daß die Regierung geneigt ist, auf den Antrag einzugehen, und es macht uns auch den Eindruck, als ob die Fortschrittspartei den Antrag nicht gestellt habe in der Hoffnung oder selbst nur in dem Wunsch, derselbe möchte durchdringen, sondern nur mit der Absicht, die Regierung in die Verlegenheitslage zu setzen, eingestehen zu müssen, daß sie die bestimmte Verpflichtung zu einem dauernden Steuererlaß noch nicht übernehmen könne, und damit die günstige Wirkung zu schmälern, welche der angebotene Steuererlaß im Lande hervorbringen könnte. Wenn der Vorschlag der Regierung unverkennbar von Gesichtspuncten ausging, die sich nicht ausschließlich auf dem Gebiete der Finanzpolitik halten, so noch mehr der Antrag der Fortschrittspartei, der das Angebot der Regierung übertrumpfen will. Es scheint uns in beiden Vorschlägen schon ein gut Theil Wahlagitation enthalten zu sein. Das sollte aber nicht die Richtschnur sein, nach der man den Etat aufstellt.

Seitdem der Reichstag die wichtigsten Gesetzgebungsgebiete an sich genommen, Zoll-, Steuer- und Handelswesen, Militairgesetzgebung, Regelung des Civilstandes ꝛc., seitdem ist auch in der Natur der Petitionen, welche an die parlamentarischen Körperschaften des Reichs und Preußen gerichtet werden, eine bemerkenswerthe Verschiedenheit eingetreten. Diejenigen, mit welchen sich der Reichstag zu befassen hat, erstrecken sich fast regelmäßig auf allgemeine Fragen, werden auch wohl von politisch regsamen Sonderkreisen planmäßig organisirt; die Petitionen dagegen, welche dem Abgeordnetenhause zugehen, ermangeln in ihrer durchaus localen Färbung meistentheils jedes weiteren Interesses. Von den bisher an das Haus gerichteten Petitionen läßt sich beim besten Willen nichts anderes sagen. Gewährung kleiner und kleinster Secundärbahnen, Ausgleichung unbezahlt gebliebener Kriegsfuhren aus den Jahren 1863/64, Unterstützungsgesuche ꝛc., das sind so die Gegenstände der Beschwerdeführung und der Bittgesuche. Nur wenige Petitionen verdienen eine gewisse Beachtung.

Die Absicht, die erste Etatsberathung schon am Donnerstag auf die Tagesordnung zu setzen und wo möglich in dieser Woche zu erledigen, ist nicht zur Ausführung gekommen, da die Berathung der Kreisordnungsentwürfe einen unerwartet großen Umfang angenommen hatte. Auch sind die Berathungen über die Steuerfrage in den meisten Fractionen noch so weit im Rückstand, daß ein kurzer Aufschub der Etatsberathung wünschenswerth schien. Die Nationalliberalen wollten heute Abend in die betreffende Besprechung eintreten. Mit der Etatsberathung wird dann wohl am Montag begonnen werden. Die erste Lesung der Kreisordnungsentwürfe hat allgemein nicht den Eindruck hinterlassen, daß man mit Wahrscheinlichkeit auf das Zustandekommen dieser Gesetze in der gegenwärtigen Session rechnen könne. Die gegen die drei Entwürfe erhobenen Ausstellungen sind so zahlreicher und schwerwiegender Art, daß, wenn es zu einer Verständigung kommen soll, in der Commission seitens der Regierung ein weit größeres Entgegenkommen sich zeigen müßte, als es im Plenum zu Tage trat.

Das neueste Verzeichniß der Fractionen im Abgeordnetenhause weist nach: 108 Conservative (darunter 1 Hospitant), 97 Mitglieder des Centrums (darunter 2 Hospitanten), 85 Nationalliberale (darunter 1 Hospitant), 52 Freiconservative (darunter 2 Hospitanten) 37 Mitglieder der Fortschrittspartei (darunter 3 Hospitanten), 19 Polen, 33 keiner Fraction angehörige Abgeordnete (darunter auch die Secessionisten), 2 erledigte Mandate (I. Marienwerder, III. Trier).

Politische Uebersicht.

Leipzig, 11. November.

Der „Pester Lloyd" veröffentlicht die Fortsetzung der Correspondenz zwischen Fürst Bismarck und dem ungarischen Abgeordneten v. Baußnern. Auf eine Anfrage wegen der Erlaubniß zur Veröffentlichung antwortete Fürst Bismarck unter dem 13. März: „Euer Hochwohlgeboren danke ich für das gefällige Schreiben vom 8. d. M. mit dem ergebensten Erwidern, daß ich gegen die Mittheilung des meinigen vom 5. kein Bedenken habe, mich im Gegentheil freuen werde, wenn der stattgehabte Gedankenaustausch als Ausdruck gegenseitiger freundnachbarlicher Gesinnungen und Bestrebungen auch anderseitig Anklang findet. gez. Bismarck."

Da der Krieg zwischen Chile und Peru noch immer fortwüthet, und die nordamerikanischen Bemühungen für eine Friedensvermittelung leider gescheitert sind, so hat die deutsche Corvette „Ariadne" jetzt Befehl erhalten vorläufig auf der Rhede von Callao liegen zu bleiben, um sich der Interessen aller in Peru lebenden Angehörigen des deutschen und des österreichischen Kaiserstaates möglichst anzunehmen. Sollten es die Umstände röthig machen, so sollen die Kanonenboote erster Classe „Möve" und „Hyäne", statt in den australischen Gewässern, an der peruanischen Küste kreuzen. Sämmtlichen Commandanten der im Auslande stationirten deutschen Kriegsschiffe ist neuerdings wieder die Weisung geworden die Interessen aller Oesterreicher möglichst zu schützen.

Die halbamtliche Berliner „Provinzialcorrespondenz" bringt einen sehr bemerkenswerthen Artikel über die nationalliberale Partei, aus welchem wir folgende Stellen hervorheben:

„Die ersten Lebenszeichen der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses nach der vor einigen Wochen erfolgten Secession mehrerer Mitglieder bestätigen die Erwartungen, welche man in Bezug auf die Stellung derselben zu den praktischen politischen Fragen hegen zu dürfen glaubte. Die Fraction will, nach den Berichten der Blätter, zwar mehr als bisher in allen Hauptfragen „eine Verständigung der Einzelnen mit dem Ganzen anstreben und sich von dem deutschen Grundfehler der individuellen Meinungsverfolgung emancipiren", die rege Mitarbeit aber bei allen das Deutsche Reich betreffenden Gesetzen hält sie wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft für geboten, und wie sie den Weg der Compromisse für die Vergangenheit nicht zu bereuen hat, so erkennt sie denselben für die Zukunft auch auf dem Gebiete der preußischen Gesetzgebung für nothwendig an .... So viel steht schon jetzt fest, daß die versöhnliche und vermittelnde Richtung des Herrn v. Bennigsen den Geist der Fraction bestimmt, was in der einmüthigen Kundgebung derselben bei der Wiederwahl desselben zu ihrem Vorsitzenden sich deutlich zu erkennen gegeben hat. Praktisch positive Politik zu treiben darf daher als die Aufgabe bezeichnet werden, welche sich die nationalliberale Fraction für die Zukunft gestellt hat."

Der bisherige Geschäftsträger in Paris, Herr v. Radowitz, welcher gegenwärtig in Berlin verweilt, hatte bereits mehrfach Besprechungen mit den Ministern und Diplomaten. Gestern Nachmittag sollte der Kaiser Herrn v. Radowitz in Audienz empfangen. Derselbe begiebt sich vor Abgang auf seinen Posten nach Athen noch nach Friedrichsruhe zum Reichskanzler.

Der frühere bairische Gesandte Herr von Rudhardt trifft am Sonnabend in Berlin ein, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen und sich bei seinen früheren Collegen im diplomatischen Corps (auch dem Reichskanzler in Friedrichsruhe?), wie im Bundesrathe zu verabschieden. Ob er sofort auf seinen neuen Posten in Petersburg abreist oder sich noch einmal nach München zurück begiebt, steht dahin.

Die Berathungen über die Abhülfe der Nothstände in Oberschlesien, welche im preußischen landwirthschaftlichen Ministerium stattgefunden, haben nach officiöser Versicherung am Montag dieser Woche einen durchaus günstigen Abschluß erreicht, indem alle diejenigen Maßnahmen, welche zu erfolgen haben werden, festgestellt wurden. Es ist daher sofort an die Ausarbeitung eines Entwurfs herangegangen worden.

Das im Reichsjustizamt auf Befehl des Reichskanzlers in der Ausarbeitung begriffene Gesetz gegen die Trunksucht soll die in wenigen Paragraphen zum Ausdrucke gebrachten Grundsätze enthalten, daß die öffentliche Trunkenheit als Uebertretung zu bestrafen ist, und daß im Rausche begangene Vergehen oder Verbrechen nicht mehr als Milderungsgründe zur Seite stehen sollen. Ferner sollen Bestimmungen dahin getroffen werden, daß Personen, die durch gerichtliches Urtheil für unzurechnungsfähig erklärt worden sind, in Aufbewahrungs-Anstalten untergebracht werden sollen.

Von „competenter" Seite wird bestritten, daß die Secessionisten sich zu einem förmlichen Fractionsverbande vereinigen wollen. Dagegen verlautet, daß eine neue Erklärung seitens der Secessionisten abgefaßt ist, die demnächst der Oeffentlichkeit übergeben werden soll. — Die conservative und die Fortschrittspartei haben sich, wie bekannt, über den Steuererlaß schon schlüssig gemacht. Gestern berathen die Nationalliberalen und die Freiconservativen. Das Centrum scheint vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen zu wollen.

Es ist nun doch zu Frictionen zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister Bitter gekommen. Es heißt, daß der Finanzminister dem Wunsche des Reichskanzlers, in den Etat den jetzt beantragten Steuererlaß einzustellen, anfänglich widersprochen habe, und daß in Folge dessen zeitweise von dem Rücktritte des Herrn Bitter die Rede gewesen sei. Man nannte schon als seinen Nachfolger den Staatssecretair im Reichsschatzamte Scholz. Indessen ist zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister eine Einigung in Berlin erzielt worden; wie lange indeß diese Harmonie dauern wird, weiß Niemand.

Wie der „Voss. Ztg." aus München gemeldet wird, ist die mit den „Reichskanzlerfrictionen" in Verbindung gebrachte Nachricht, daß die Regierungen der süddeutschen Königreiche sich gegen die Einrichtung eines deutschen Volkswirthschaftsraths erklärt hätten, wenigstens bezüglich Baierns, schon um deswillen unbegründet, weil dem bairischen Ministerium keinerlei Veranlassung zu einer solchen Aeußerung gegeben worden ist. Das heißt also mit anderen Worten, der Reichskanzler hat den Bundesregierungen noch gar nichts über seinen Plan mitgetheilt.

Aus Nürnberg meldet die „Frankfurter Zeitung": „Auch unsere alte Noris muß jetzt herhalten, um den Juden eins anzuhängen. Es liegt nämlich in einer „conservativen" Buchhandlung hier eine Adresse auf, in welcher Fürst Bismarck ersucht wird, gegen das Judenthum Mittel anzustrengen, um es seiner Machtstellung zu berauben. Diese Adresse, angeregt durch Conservative, hat sicherem Vernehmen nach bis jetzt schon über 300 Unterzeichner gefunden."

Die Nachricht, dem greisen Bischof Räß zu Straßburg einen Coadjutor beizugeben, bestätigt sich jetzt vollkommen. In nächster Zeit wird die Ernennung des Straßburger Generalvicars und Kanonikus P. Stumpf zu diesem einflußreichen und mit 9400 Mark dotirten Posten erfolgen. Herr Räß, der beinahe ganz gehörlos ist, wird sich für die meiste Zeit auf seinen Landsitz in Siegolsheim (Ober-Elsaß) zurückziehen. Schon vor sechs Jahren, als es sich um die Staatsaufsicht über die priesterlichen Seminarien handelte und der Bischof seine Geneigtheit aussprach, diese Staatsaufsicht anzuerkennen, betrieb das Straßburger Domcapitel, an der Spitze der verstorbene Kanonikus Spitz und dessen noch lebender Bruder oder Namensvetter, in Rom die Einsetzung eines Coadjutors, und nur durch Herrn v. Müller wurde die Absicht vereitelt. Herr Stumpf gilt übrigens als ein gemäßigter Kleriker.

* * *

Nach einer Depesche aus Pest ist das deutsche Theater in Ungarn zum Thespiskarren erniedrigt worden, der mit polizeilicher Erlaubniß auf der gesegneten Erde der Länder der Stephanskrone umherziehen darf. Der Minister des Innern hat nämlich dem deutschen Theaterdirector Müller die Abhaltung von Theatervorstellungen im ganzen Lande, „mit Ausnahme von Pest", bewilligt. Gleichzeitig wurde dem Theaterdirector Müller bedeutet, daß er sich bezüglich der Abhaltung von Theatervorstellungen in Pest an den Stadthauptmann zu wenden habe, der ihm die Bewilligung ertheilen werde, sobald er die Theaterbewilligung von der autonomen Ortsjurisdiction ausgewirkt habe. — Uebrigens hören auch sonst die Demonstrationen gegen Deutsche und Deutschthum nicht auf; am Sonntag wurde in Pest ein französischer Conversations-Club eröffnet. Dieser unbedeutende Anlaß wurde unglaublicherweise vom Grafen Apponyi benützt, um gegen deutsche Cultur und deren Nachtheile zu hetzen und Minister Tre-

SLUB
Wir führen Wissen.